

Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

Juni 2017

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

Helmut Kohl, der sechste deutsche Bundeskanzler, ist am 16. Juni im Alter von 87 Jahren verstorben. Mit ihm ist einer der größten deutschen Politiker der Nachkriegszeit und für mich nach wie vor ein politisches Vorbild von uns gegangen.

Seine Errungenschaften um die Wiedervereinigung sind viel zitiert, können aber gar nicht stark genug gepriesen werden. Hätte er 1989 nicht begriffen, was die historische Stunde geschlagen hat, wäre Deutschland vielleicht weiterhin geteilt. Nur durch sein sehr enges Verhältnis zu François Mitterand, George Bush und Michail Gorbatschow war die Wiedervereinigung in dieser Form überhaupt möglich. Auch wenn im Zuge der Wiedervereinigung nicht alles zufriedenstellend verlaufen ist, so war die Entscheidung herbeizuführen ein Glücksfall der Geschichte, der so nur mit Helmut Kohl möglich war und für den ich ihm auf immer dankbar sein werde.

Aber auch seine Bemühungen um ein in Frieden vereintes Europa sind vorbildhaft für mich und jeden anderen überzeugten Europäer. Der mit der deutschen Wiedervereinigung verbundene Wegfall des Eisernen Vorhangs beflügelte die europäische Einigung, die Helmut Kohl gemeinsam mit François Mitterand voranbrachte. Nur eine gemeinsame Europapolitik – so Helmut Kohl – kann den Frieden in Europa nachhaltig sichern. Auch deshalb trieb er das Projekt der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik voran. Länder mit einer gemeinsamen Währung, so Kohl, führen keine Kriege gegeneinander.

Seine Liebe zu Europa, sein Stolz auf sein Vaterland und seine Verbundenheit zu seiner Heimat Rheinland-Pfalz werden in unser aller Erinnerung bleiben, wenn wir an Helmut Kohl, den Kanzler der Einheit Deutschlands und Europas, denken.

Für mich persönlich war Helmut Kohl der Bundeskanzler meiner Kindheit und Jugend. Auch deshalb



wird er für mich immer einen ganz besonderen Stellenwert einnehmen. Seine diplomatischen Fähigkeiten sind auch heute noch unübertroffen geblieben. Ich verneige mich vor der Lebensleistung eines großen Staatsmannes, überzeugten Europäers und einzigartigen Deutschen.

Trotz des Todes Helmut Kohls gibt es positive Ereignisse aus der Sitzungswoche zu vermelden. Die lang debattierte Reform der Pflegeberufe wurde diese Woche ebenso verabschiedet wie das Gesetz zur Änderung der Parteienfinanzierung. Zudem hat sich der Deutsche Bundestag für den Abzug deutscher Bundeswehrsoldaten aus Inçirlik entschieden.

Außerdem finden Sie in meinem Brief aus Berlin einen kurzen Bericht zu meiner Delegationsreise nach London, meine Rede zum 15. Kinder- und Jugendbericht und die Praktikantenberichte von Adrian Bellinghen und David Plahl, meinen 44. und 46. Praktikanten in Berlin.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre.

Herzliche Grüße

Ihr

Markus Koob



Blick auf die aktuellen politischen Themen

Pflegeberufereformgesetz • Inçirlik • Parteienfinanzierung • Delegationsreise • Rede zum 15. Kinder- und Jugendbericht • Praktikantenberichte von Adrian Bellinghen und David Plahl

Pflege:

Gesetzliche Stärkung und Aufwertung des Pflegeberufes

Wir haben die Pflegereformen dieser Legislaturperiode mit der Reform der Pflegeausbildung erfolgreich zum Abschluss gebracht. Nachdem mehr Bedürftige mehr Leistungen in der Altenpflege beziehen, sorgen wir nun dafür, dass auch bei steigender Anzahl Pflegebedürftiger ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht.



Foto: CDU Deutschlands/Dominik Butzmann

Um die Pflegeberufe attraktiver zu machen, starten wir ab 2020 einen Praxistest und lassen eine Zeit lang mehrere Ausbildungswege zu. Alle Pflege-Auszubildenden werden die ersten zwei Jahre lang gemeinsam ausgebildet. Danach können sie sich entscheiden, ob sie sich im dritten Jahr auf Kinderkranken- oder Altenpflege spezialisieren oder ob sie Generalisten bleiben möchten. Uns war wichtig, dass die drei Berufsabschlüsse – insbesondere in der Alten- und Kinderkrankenpflege – erhalten bleiben und gleichberechtigt nebeneinander stehen. Die

Auszubildenden sollten die größtmögliche Freiheit haben, selbst zu entscheiden, welches der beiden Modelle das bessere ist.

Unsere große Sorge war, dass der Nachwuchs ausbleibt, weil Schüler mit Hauptschulabschluss mit der neuen Ausbildung überfordert sein könnten. Es ist nun vorgesehen, dass Pflegeschüler, die nach zwei Jahren die Ausbildung mit einer Prüfung beenden, zukünftig als Pflegeassistenten arbeiten können. Positiv ist auch, dass das Schulgeld in der Altenpflege der Vergangenheit angehört. Dies ist ein wichtiger Beitrag, dem Fachkräftemangel in der Pflege wirksam zu begegnen.

Nach sechs Jahren Umsetzung der neuen Ausbildung erfolgt dann eine Auswertung der Anzahl der separaten Abschlüsse. Haben mehr als 50 Prozent den generalistischen Abschluss gewählt, sollen die eigenständigen Berufsabschlüsse auslaufen. Über Abschaffung oder Beibehaltung entscheidet der Deutsche Bundestag. Ebenso wird der Gesetzgeber über die weitere Ausgestaltung des Pflegeberufsgesetzes durch eine Ausbildungs- und Prüfungsverordnung beraten.

Ich freue mich über den erfolgreichen Abschluss des Gesetzes, da der Fachkräftemangel im Pflegebereich schon heute erhebliche Personalprobleme zuungunsten der zu Pflegenden verursacht. Dem Zustand entgegenzuwirken muss stets unsere oberste Maxime in der Pflege sein. Danach haben wir nun gehandelt. ■



Inçirlik:

Abzug der Bundeswehr beschlossen

Die Gespräche zu den Besuchsmöglichkeiten von Bundestagsabgeordneten bei den Bundeswehrsoldaten im türkischen Inçirlik waren an der türkischen Regierung gescheitert. Die Türkei verweigert den Parlamentariern ihres NATO-Partners nach wie vor das Besuchsrecht. Diese Entscheidung der Türkei ist nicht nur falsch. Sie widerspricht dem Wertekanon der NATO. Zudem erschwert die Türkei unnötig den Kampf der Staatengemeinschaft gegen das terroristische Regime des IS.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden vom Bundestag mandatiert und müssen durch diesen auch kontrolliert werden können. Dazu gehört auch die grundsätzliche Besuchsmöglichkeit durch Abgeordnete. Das Verhalten der Türkei zwingt uns zur Verlegung der Tornado-Aufklärungsflugzeuge. Diese sollen auf die jordanische Luftwaffenbasis Al Azraq verlegt werden.

Ich bin zufrieden mit der in dieser Woche im Deutschen Bundestag getroffenen Entscheidung und dem Ende der für die deutsche Seite unwürdigen Vorführung. Es ist bedauerlich, dass sich die Türkei für ein vordemokratisches Staatsmodell entschieden hat, in dem kein Platz für rationale Diplomatie zu sein scheint. Es ist aber auch nicht an uns Parlamentariern dieses Spiel der Türkei weiterhin mitzuspielen. Dann eben nach Jordanien. ■

Finanzausschuss:

Delegationsreise nach London

In der vergangenen sitzungsfreien Woche war ich mit einem Teil des Finanzausschusses für wichtige finanzpolitische Gespräche in London zu Gast. Mit dem Brexit war das wichtigste Gesprächsthema durchweg schnell gefunden, aber auch Steuern spielten keine unerhebliche Rolle.

Wie üblich begann auch diese Delegationsreise mit der Begrüßung durch die deutsche Botschaft in London. Am Montag standen sowohl ein Gespräch mit dem Präsidenten des ICAEW (Institute of Chartered Accountants) als auch ein Round Table Gespräch mit Professor Erik Berglof, Director of the Institute of Global Affairs, Professor Simon Hix LSE zur finanz- und wirtschaftspolitischen Entwicklung im Vereinigten Königreich statt. Am Abend ließen wir den Tag beim Sommerfest der Wirtschaftsabteilung der Deutschen Botschaft in London ausklingen. Am Dienstag sprachen wir mit Vertreterinnen und Vertretern der Bank of England, der European Banking Authority (EBA), der City of London Cooperation, von Morgan Stanley UK und der Financial Conduct Authority (FCA).

Es gab an diesen drei Tagen einen sehr straffen Zeitplan bei sehr interessanten Gesprächspartnern und sehr spannenden Themen. Es war eine aufschlussreiche letzte Delegationsreise in dieser Wahlperiode und ich war sehr froh dabei sein zu können. ■

Parteienfinanzierung:

Ausschluss verfassungsfeindlicher Parteien

In zweiter und dritter Lesung haben wir eine Grundgesetzänderung beschlossen, mit der Parteien, die nach ihren Zielen dem Verhalten ihrer Mitglieder darauf ausgerichtet sind, die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik zu beeinträchtigen oder zu beseitigen, von der staatlichen Teilfinanzierung und von steuerlichen Begünstigungen ausgeschlossen werden können.

Als Konsequenz aus dieser Grundgesetzänderung haben wir in dieser Sitzungswoche zudem ein Gesetz zur Schaffung eines entsprechenden Verfahrens im Bundesverfassungsgerichtsgesetz im Deutschen Bundestag verabschiedet. Denn nur das Bundesverfassungsgericht kann eine Partei von der staatlichen Teilfinanzierung ausschließen, wobei der Ausschluss für die Dauer von sechs Jahren erfolgt. ■

Rede:

Kinder- und Jugendbericht

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Bürgerinnen und Bürger! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Bundesministerin, ich möchte zunächst die Gelegenheit nutzen, Ihnen persönlich zu Ihrem neuen Amt zu gratulieren und Ihnen im Sinne unserer Familien, Jugend, Senioren und Frauen eine erfolgreiche verbleibende Amtszeit zu wünschen.

Wenn ich in der Vergangenheit die öffentliche Diskussion zum Thema Jugend beobachtet habe, stellte ich fest, dass es oft, nach meinem Geschmack zu oft um Themen wie Komasaufen, Gewalt, Zigarettenskonsum, Null-Bock-Stimmung oder Schulschwänzer ging. Diese gesellschaftliche Sicht auf Jugendliche hat sich durch zahlreiche erschienene Studien in den letzten Jahren glücklicherweise um 180 Grad ins Positive gedreht. So zeichnete vor allem die Shell-Jugendstudie ein überaus positives Bild der Jugend von heute: Sie ist pragmatisch, schätzt Werte wie Familie, Freundschaft und Partnerschaft, ist politikinteressiert. Erstmals seit den 1990er-Jahren bewertet eine Mehrheit der Jugendlichen die Zukunft der Gesellschaft positiv. Die eigene Zukunft wird sogar noch positiver eingeschätzt. Für Jugendliche zählt im Beruf die persönliche Erfüllung mehr als die Karriereorientierung. Die Jugendlichen haben mehr Angst vor Fremdenhass als vor Zuwanderung.

Jugendliche nutzen das Internet mit allen Möglichkeiten, sind aber kritisch bezüglich der Datenverarbeitung durch große Unternehmen. Die große Mehrheit legt Wert auf Werte wie Respekt vor Gesetz und Ordnung. In vielerlei Hinsicht sollte die Jugend von heute für uns alle ein Vorbild sein. Pragmatismus, Optimismus und Toleranz sind Werte, die unsere Gesellschaft im Ganzen stärken und für die Zukunft sichern.

Vor allem das ehrenamtliche Engagement der Jugend ist bemerkenswert. Neben vielfältigen Hobbys, familiären Verpflichtungen und dem Schulunterricht schafft es eine Vielzahl von Jugendlichen, sich neben diesen Hauptverpflichtungen ehrenamtlich zu engagieren. Sie tragen durch ihr Engagement für Sport, Kirche, Schule, Kultur, freiwillige Feuerwehr, Jugendrotkreuz, Jugend-THW, DLRG, um nur einige wenige zu nennen, maßgeblich zum Funktionieren unserer Gesellschaft bei. Zwar engagieren sich im Vergleich zum Jahr 1999 weniger Jugendliche; nichtsdestotrotz leisten sie eine hervorragende Engagementarbeit. Als Politiker habe ich den höchsten Respekt vor ihrer Leistung. Ingrid Pahlmann wird das, glaube ich, in ihrer Rede gleich noch einmal genauer ins Licht rücken.

Auch der 15. Kinder- und Jugendbericht zeichnet wie zuvor bereits die Shell-Jugendstudie ein überaus positives Bild der Jugend von heute. Dabei wird erstmals überhaupt der Fokus ausschließlich auf die Lebenswirklichkeit der Jugend gelegt und die Kindheit ausgespart. Kindheit ist wichtig, aber in der Forschung schon gut repräsentiert. Auch ich begrüße deshalb die Schwerpunktsetzung auf das Thema Jugend sehr; das wurde Zeit.

Dabei ist der Begriff der Jugend eher als unkonkreter Sammelbegriff zu verstehen. Ich würde nicht so weit gehen, zu sagen, dass zur Jugend alle gehören, die sich jung fühlen; aber zumindest die Menschen zwischen 12 und 27 Jahren können sich diesen Begriff getrost ans Revers heften, nach einem Vorschlag der Sachverständigenkommission sogar die Menschen bis zu einem Alter von Mitte 30, was ich als 39-Jähriger zwar sehr schmeichelhaft finde, aber doch etwas übertrieben.

Zudem ist die Jugend genauso pluralistisch wie die Gesellschaft insgesamt. Die eine Jugend gibt es nicht, nur viele individuelle Jugendliche. Nicht nur, weil ihr Anteil an der Gesellschaft aktuell so groß ist wie der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesellschaft müssen wir in diesem Haus gemeinsam die vielfältigen Interessen der Jugend bestmöglich vertreten; denn Repräsentation ist nicht allein eine Frage des Wählendürfens, sondern vor allem eine Frage des Vertretenwerdens. Ich weiß, dass für eine angemessene Repräsentation der Jugend weiß Gott



nicht alle Entscheidungen dieser Legislaturperiode hilfreich gewesen sind. Dennoch werde ich mich auch in Zukunft weiter dafür einsetzen, dass politische Konzepte wie bei der Rente nicht nur bis ins Jahr 2030 reichen. Ein Rentenkonzept, welcher Partei auch immer, muss die Interessen der Jugend sehr intensiv berücksichtigen.

Abgesehen von der Rentenpolitik haben wir in dieser Legislaturperiode mit unseren beschränkten Kompetenzen auf Bundesebene viel für die Jugend in unserem Land erreicht. Wir haben auf Bundesebene auf vielfache Weise dazu beigetragen, Jugend zu ermöglichen, indem wir sowohl die Eltern als auch die Länder und Kommunen finanziell stark entlastet haben, so stark wie keine Bundesregierung je zuvor.

Die Familien, in denen Jugend lebt und in denen sich Jugend entfaltet, haben wir durch die Erhöhung des Entlastungsbetrages, den Ausbau des Unterhaltsvorschlusses, die Erhöhung von Kindergeld, Kinderfreibetrag, Grundfreibetrag und Kinderzuschlag sowie Elterngeld Plus entlastet. Auch der Ausbau von Mehrgenerationenhäusern und die Ausweitung des Jugendschutzgesetzes auf E-Zigaretten und E-Shishas kamen der Jugend in dieser Wahlperiode zugute. Wenn ich mir in meiner voraussichtlich letzten Rede in dieser Legislaturperiode etwas von Ihnen, Frau Ministerin, wünschen darf, dann, dass Sie im Gegensatz zu Frau Schwesig endlich auf die Gefahren für Kinder und Jugendliche durch den Konsum von konventionellen Wasserpfeifen reagieren und einen Entwurf zur Reform

des Jugendschutzgesetzes vorlegen. Schon zu Beginn des Jahres 2016 hielten dies in der Anhörung alle Experten zum Wohle der Kinder und Jugendlichen in unserem Land für notwendig. Nehmen Sie dieses Wissen ernst, und schützen Sie unsere Kinder und Jugendlichen.

Der diesjährige Kinder- und Jugendbericht kommt zu keinen revolutionären, aber dennoch zu wichtigen Erkenntnissen. Die Jugend von heute steht hinter der Demokratie als bestmöglicher Staatsform. Sie ist politisch interessiert und keineswegs politikverdrossen. Sie wendet sich bei Problemen überwiegend an Familie und Freunde, strebt in größerer Zahl nach höheren Bildungsabschlüssen als noch vor ein paar Jahren und ist konstant zu drei Vierteln religiös, wenngleich individueller und kirchenunabhängiger.

Jugend ist zudem durch eine höhere internationale Mobilität gekennzeichnet, durch eine geringere Arbeitslosigkeit als im Rest Europas, sie bewegt sich in der digitalen Welt im Wissen um Datensparsamkeit mit Leichtigkeit - wenngleich der digitale Zugang von Regionen, Bildungsabschluss und sozialem Status abhängt -, sie kommuniziert vielfältig online, nach wie vor aber auch offline, und liebt die Freizeitgestaltung innerhalb ihrer jeweiligen Peergroup.

In Zeiten großer gesellschaftlicher Änderungen, globaler Herausforderungen und damit verbundenen Unsicherheiten wächst die Jugend von heute in einem unübersichtlichen Umfeld auf. In einem sol-

chen Umfeld Jugend zu ermöglichen, ist die Aufgabe von uns allen. Von der Politik sind die geeigneten Rahmenbedingungen vorzugeben und anzupassen, von der Gesellschaft die benötigten Freiräume für die Entfaltung von Jugendlichen bereitzustellen, und schließlich sind vom direkten sozialen Umfeld, von Vätern und Müttern, Lehrern, Freunden und Familienangehörigen, Geborgenheit, finanzielle Sicherheit und persönliche und soziale Unterstützung zu geben.

Aber - das halte ich in der Diskussion über Jugend für wichtig - das Ermöglichen von Jugend ist für die Jugendlichen nicht passiv im Sinne von Gewähren von Jugend zu verstehen. Auch sie selbst müssen sich ihre Jugend aktiv ermöglichen. Sie müssen sich selbst engagieren, sich selbst qualifizieren, sich selbst im Internet schützen, sich selbst ihre eigenen Freiräume schaffen, sich selbst und sich gegenseitig helfen. Wir alle haben bei der Entscheidung über den Brexit gesehen, dass Jugendliche zwar ganz überwiegend proeuropäisch eingestellt sind, bei der Abstimmung aber deutlich unterrepräsentiert waren. Das müssen wir alle gemeinsam ändern. Denn in allen europäischen Ländern sind die Jugendlichen außerordentlich proeuropäisch eingestellt.

Grundvoraussetzung für das bestmögliche Aufwachsen der größtmöglichen Zahl von Kindern und Jugendlichen, um ihnen eine bestmögliche Zukunft zu geben - da danke ich der Sachverständigenkommission für ihre Klarheit -, ist die angemessene finanzielle Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit sowie der sozialen Dienste. Wie beim für die Herstellung von Chancengerechtigkeit überaus wichtigen Aspekt des Bildungssystems sind hier aber originär vor allem die Länder und Kommunen mit ihren Kompetenzen gefragt. Ich bin mir sicher, dass sie den 15. Kinder- und Jugendbericht detailliert analysieren und auf dessen Ergebnisse reagieren werden. Unser Bildungssystem muss - egal ob in Hamburg oder Berlin, Bayern oder Niedersachsen - alle Kinder und Jugendlichen mit ihren jeweiligen Schwächen und Stärken so mitnehmen, dass keine Chancen ungenutzt bleiben, egal welches Geschlecht, welche ethnische Zugehörigkeit, welche regionale oder familiäre Herkunft, welchen sozialen Status oder welche körperliche Verfasstheit das jeweilige Kind aufweist.

Wenngleich die Chancen mittlerweile gleicher verteilt sind, ist eine chancengleiche Jugend noch nicht erreicht; dieses Ziel muss deshalb weiter von uns verfolgt werden. Daher werden meine Fraktion und ich uns die 22 Thesen der Sachverständigenkommission aus dem 15. Kinder- und Jugendbericht in der kommenden Legislaturperiode genau ansehen und, wo nötig, Antworten formulieren, damit die Ju-

gend für den größten Teil der Jugendlichen ein möglichst unbeschwerter Lebensabschnitt bleibt und für die wenigen anderen Jugendlichen ein unbeschwerter Lebensabschnitt wird.

Ich erlaube mir an dieser Stelle auch eine persönliche Anmerkung. Ich finde es gut, dass wir einen so umfassenden Bericht vorgelegt bekommen haben; er umfasst fast 600 Seiten. Ich stelle allerdings auch nach vier Jahren Parlamentszugehörigkeit und Gesprächen mit rund 2 000 Schülerinnen und Schülern immer wieder fest, dass wir sehr genau wissen, wie die Jugend tickt, wie sie denkt, wie sie lebt, dass aber umgekehrt die Frage, wie Jugendliche den Zugang zu Politik finden, immer noch mit sehr, sehr vielen Fragezeichen behaftet ist. Vielleicht sollten wir uns deshalb gemeinsam intensiver der Frage zuwenden: Wie können wir das verbessern? Ich kann zu meinem Glück sagen, dass ich in meinem Wahlkreis über eine politische Nachwuchsorganisation verfüge, auf die ich sehr stolz bin. Es muss aber Standard werden, dass wir den Jugendlichen als Ansprechpartner zur Verfügung stehen und dass sie wissen, wie Politik funktioniert und wohin sie sich wenden müssen.

Ich glaube, das ist eine gemeinsame Aufgabe für uns alle; denn die Jugend von heute ist die Demokratie von morgen. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten.

Vielen Dank. ■

Praktikumsbericht:

Adrian Bellingen

An einem kühlen März Morgen durchquere ich eine der sechs Säulen des Brandenburger Tors, biege rechts ab und erhasche den Blick auf das Reichstagsgebäude. Ein leichter Wind lässt die deutsche und europäische Fahne auf zweien der vier Türme des Reichstags wehen. Voller Erwartungen, Hoffnungen, Gespanntheit, großer Freude und vielleicht auch ein wenig Ehrfurcht biege ich nochmals rechts ab in die Dorotheenstraße und mache an der Hausnummer 101 Halt. Hier werde ich die nächsten Wochen mein Praktikum im Bundestagsbüro von Markus Koob absolvieren. Ein Praktikum, das ich nicht vergessen sollte.

Gleich am Eingang treffe ich auf meine Mitpraktikantin Anna Lutz. Wir beide werden sehr freundlich durch Ria Schulz, persönliche Referentin von Markus Koob und Johannes Dehn, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Büros, empfangen. Direkt spürt man die offene und angenehme Atmosphäre, die im Büro herrscht und zunächst gilt es, die Gebäude-



Foto: Adrian Bellinghen (2.v.l.) und David Plahl

komplexe des Bundestages zu erkunden und zu verstehen, indem wir auf eine Schnitzeljagd geschickt werden. Es ist zu Beginn gar nicht so einfach, sich in den unterirdischen Gängen zwischen Jakob-Kaiser-Haus, wo das Büro liegt, Paul-Löbe-Haus, in welchem sich u.a. die Sitzungssäle der einzelnen Ausschüsse befinden, Marie-Elisabeth-Lüders-Haus und dem Reichstagsgebäude zurecht zu finden. Die Schnitzeljagd verschafft aber einen guten ersten Überblick und durchaus imponierenden Eindruck „hinter die Kulissen“ des Bundestages.

Im Laufe der Zeit fand man schließlich die Orientierung und der Vorfall des sich Verlaufens nahm stetig ab.

Die ersten Wochen des Praktikums waren vordergründig durch das von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion organisierte und bis Ende März andauernde Praktikantenprogramm geprägt und gleichsam sehr intensiv, informativ und interessant. Jenes Programm findet nur zweimal jährlich statt und bietet uns Praktikanten außergewöhnliche Einblicke in die Arbeit der Fraktion und das politische Berlin. So kam uns die Ehre zuteil Diskussionsrunden mit u.a. dem Minister für besondere Aufgaben und dem Chef des Bundeskanzleramtes, Peter Altmaier, dem Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert, dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU Volker Kauder, dem Generalsekretär der CDU Peter Tauber und vielen anderen zu führen.

Des Weiteren hatten wir die Gelegenheit, an Führungen durch das Reichstagsgebäude, den Bundesrat und das Abgeordnetenhaus von Berlin, sowie bei

Besichtigungen und Gesprächsterminen im Konrad-Adenauer-Haus - der Bundesgeschäftsstelle der CDU - und dem Bundesnachrichtendienst teilzunehmen. Auch konnten wir Eindrücke in den Hauptstadtjournalismus gewinnen, indem wir das ARD-Hauptstadtstudio besichtigten und ich an einer Sondersendung des ZDF-Morgenmagazins zum 60-jährigen Jubiläum der Römischen Verträge mit zahlreichen prominenten Politikern teilnehmen durfte.

Neben dem Praktikantenprogramm standen im Büro weitere Tätigkeiten für uns bereit, z.B. klassisch organisatorische Aufgaben wie das Empfangen und Bearbeiten der Post, das Erstellen eines Kalenders mit allen im Wahlkreis stattfindenden Veranstaltungen und die Vorbereitung der Mappen für den Finanzausschuss und den Ausschuss für Familien, Frauen, Senioren und Jugend. Diese durfte ich in den Sitzungswochen schließlich auch besuchen, ebenso wie die im Vorfeld stattfindenden Arbeitsgruppensitzungen (AG) der beiden Ausschüsse, in welchen nur die Mitglieder der jeweiligen Fraktion vertreten sind. Ferner war es möglich, bei Plenardebatten auf der Besuchertribüne Platz zu nehmen, so dass ich Zeuge eines wahrlich historischen Moments wurde: der Zustimmung des Parlaments für die Einführung einer Infrastrukturabgabe, der kontrovers diskutierten „PKW-Maut“.

Neben den organisatorischen Aufgaben gab es auch konkrete inhaltliche Aufgaben zu erledigen. Diese waren sehr vielseitig und reichten vom Verfassen einer Pressemitteilung für die sog. „Sprachkitas“ bis

hin zur Erstellung eines Faktenzettels für eine Podiumsdiskussion, die Herr Koob besuchte.

Auch lässt das Büro uns Praktikanten viele Freiheiten und ermöglichte uns den Besuch vieler verschiedener, hoch interessanter und oftmals mit prominenten Größen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft besetzten Veranstaltungen. Am Ende des Praktikums kann ich behaupten, fast alle bekannteren Politiker, darunter auch die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, „live“ gesehen zu haben.

Die Zeit im Bundestag mit all den wertvollen Erfahrungen, Erlebnissen und Eindrücken ließ mir die Komplexität der im Hintergrund eines Abgeordnetenbüros, eines Ausschusses oder einer Plenarsitzung stattfindenden Prozesse bewusster machen und mir immer wieder grundlegende, analytische und kritische Parallelen zu den theoretischen Inhalten meines Studiums herstellen.

Es bleibt damit eine unvergessliche, prägende Zeit, die ohne euch, Markus, Jonny, Ria, Johannes, Armin, Leopold, Anna, Abdu und David nicht möglich gewesen wäre. Deswegen möchte ich mich nochmal ganz herzlich bei euch bedanken, ehe ich ein letztes Mal - während ein warmer Sommerwind die Fahnen des Reichstags und die sommergrünen Blätter der Bäume am Tiergarten wehen lässt - die Pforten des Bundestages verlasse und zweimal links Richtung Brandenburger Tor abbiege. ■

Praktikumsbericht:

David Plahl

Mein Name ist David Plahl und ich studiere in Frankfurt am Main Jura und Politikwissenschaft. Vom 29. Mai bis zum 23. Juni 2017 hatte ich die Möglichkeit vier Wochen als Praktikant im Abgeordnetenbüro von Markus Koob im Deutschen Bundestag zu verbringen.

An meinem ersten Tag waren die Erwartungen natürlich hoch und ich war gespannt wie es wohl sein wird, hinter den Kulissen des deutschen Parlaments zu arbeiten. Nach der Begrüßung durch Johannes führte mich mein erster Gang zur Zentralen Ausweisstelle um dort meinen Hausausweis für die kommenden vier Wochen zu beantragen. Mit diesem kann man sich in den Gebäuden des Deutschen Bundestages frei bewegen. Und ja, es handelt sich tatsächlich um mehrere Gebäude, von denen der Großteil rund um das Reichstagsgebäude angesiedelt ist. Das Jakob-Kaiser-Haus, in dem sich auch die Büroräume des Abgeordnetenbüros von Markus

Koob befinden, das Reichstagsgebäude, mit dem Plenarsaal und den Sitzungssälen der Fraktionen, das Paul-Löbe-Haus, in dem die Ausschüsse tagen, sowie das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, in dem sich u.a. die Parlamentsbibliothek befindet, sind durch ein Netz aus Tunneln und Brücken auch alle miteinander verbunden. So kommt es, dass man an einigen Tagen doch den einen oder anderen Meter zurücklegt ohne dabei das Areal des Bundestages auch nur einmal zu verlassen. Um mich in diesem Netzwerk aus Gebäuden und Verbindungen besser zurechtzufinden, war meine zweite Aufgabe dies alles durch eine Schnitzeljagd besser kennenzulernen und dabei auch mehr über die Geschichte des deutschen Parlaments und seiner Gebäude zu erfahren.

Glück hatte ich, dass meine erste Woche auch direkt eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages war. Damit waren interessante Tage sofort vorprogrammiert. Am Dienstag finden im Deutschen Bundestag die Sitzungen der jeweiligen Arbeitsgruppen der Fraktionen, sowie am Nachmittag die Fraktionssitzungen statt. Der Mittwochvormittag ist dann für die Ausschusssitzungen reserviert, bevor von Mittwochmittag bis Freitagnachmittag das Plenum tagt. Markus Koob ist Mitglied des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags und deshalb auch Mitglied der jeweiligen Arbeitsgruppen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. An den Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen nehmen auch wir Praktikanten teil und hatten im Finanzausschuss auch direkt Glück. Denn Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble war zu Gast und informierte die Ausschussmitglieder zu aktuellen finanzpolitischen Themen, wie etwa dem Dauerbrenner Griechenland oder dem anstehenden G20 Gipfel in Hamburg. Am Donnerstag und Freitag hatten wir dann die Möglichkeit auf den Besuchertribünen das Plenum zu verfolgen. In meine erste Woche fiel u.a. die Änderung des Grundgesetzes für die Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs, dessen Paket auch die viel diskutierte Neuorganisation der Verwaltung der Bundesautobahnen beinhaltete. Des Weiteren hatten wir die Möglichkeit der Vereidigung von Dr. Katarina Barley, der neuen Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beizuwohnen.

Mit meiner zweiten Woche begannen dann zwei sitzungsfreie Wochen. Die Zeit zwischen den Sitzungswochen unterscheidet sich doch deutlich von diesen. Die Arbeit ist, zumindest aus der Perspektive von uns Praktikanten, umso mehr durch Büroarbeit geprägt. Zudem geht es sehr viel weniger hektisch zu und auch die Kleidung wird im ganzen Haus etwas legerer. Wir Praktikanten unterstützen in dieser Zeit vor allem Ria und Johannes, die zwischen den Sitzungswochen die Stellung im Büro halten. Das beinhaltet u.a. die Sortierung der, meist zahlreichen, Tagespost, die Vorbereitung von Geburtstagsbriefen und Bürgerschriften, sowie das Vorbereiten von „Goodie Bags“ für die Besuchergruppen. Gerade in dieser Zeit aber lernt man die tatsächliche Arbeit und den Wert des Büros eines Bundestagsabgeordneten kennen.

Meine letzte Woche war dann wieder eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages und nicht nur irgendeine Sitzungswoche, sondern die vorletzte der 18. Legislaturperiode. Am Dienstag standen somit wieder die Arbeitsgruppen- und am Mittwoch die Ausschusssitzungen auf dem Programm. Vorher, am Montag, hatten wir bereits die Möglichkeit einer Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zu folgen. Auch das Plenum konnte ich in dieser Woche wieder von der Besuchertribüne aus verfolgen. Diesmal ging es u.a. um den Abzug der Bundeswehr vom Standort im türkischen Inçirlik und die Reform der Pflegeberufe. Auch mein letzter Tag sollte noch ein besonderes Highlight bereithalten. In einer Debatte zum Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung war es an Markus Koob zu diesem Thema eine Rede im Plenum zu halten.

Zudem bieten insbesondere die Sitzungswochen auch viele Gelegenheiten um an externen Veranstaltungen teilzunehmen. Ein Bundestagsabgeordneter bekommt sehr viele Einladungen zu vielfältigen Veranstaltungen wie Frühstücks, Mittagessen, Abendveranstaltungen oder Podiumsdiskussionen von Fraktionen, Verbänden, Stiftungen, Gewerkschaften, NGOs und anderen Organisationen. Natürlich können aber nicht alle diese Termine wahrgenommen werden, auch nicht durch die Büromitarbeiter. Dadurch ergibt sich des Öfteren die Gelegenheit auch als Praktikant an solchen Veranstaltungen teilzunehmen. Oftmals nehmen namenhafte Politiker, Wissenschaftler oder Wirtschaftsvertreter an diesen Veranstaltungen

teil und sehr oft wird auch zumindest eine kleine Stärkung angeboten wird. Damit lässt sich ein interessantes und abwechslungsreiches Rahmenprogramm rund um die Arbeit im Büro bauen.

Daneben sollte man auch unbedingt das vielfältige kulturelle Programm nutzen, das Berlin und das Umland, insbesondere Potsdam, zu bieten haben. Hervorzuheben sind dabei vor allem die Museumsinsel mit ihrem einzigartigen Kulturangebot, sowie die Schlösser und Gärten von Potsdam, die auch UNESCO-Weltkulturerbe sind. Außerdem ist in einer Großstadt wie Berlin auch sonst immer etwas los. Es finden Konzerte oder andere Großveranstaltungen statt, man kann Fernsehsendungen besuchen und es gibt schier unendlich viele Möglichkeiten (am Wochenende) die Nacht zum Tag zu machen.

Ich habe die Zeit im Abgeordnetenbüro von Markus Koob sehr genossen und viele interessante Einblicke hinter die Kulissen des Deutschen Bundestages gewonnen. Es war schön aktiv in die Arbeit des Büros einbezogen zu werden und somit aus erster Hand die Aufgaben eines Abgeordnetenbüros kennenzulernen. Ich danke Markus, Jonny und insbesondere Ria und Johannes, sowie auch Armin, Leo, Adrian, Abdo und Lena für die Zeit im Büro. Ich freue mich bereits auf die kommenden Praktikantenstammtische und aktuelle Geschichten aus dem Deutschen Bundestag. ■

Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel 030/227-75549
Fax 030/227-76549

markus.koob@bundestag.de
www.markus-koob.de